

Kampf um die Schul(re)form

Das fünfte Grundschuljahr ist nicht mehrheitsfähig

Die Landtagsdebatte über die geplante Schulreform im Saarland hatte den Charakter eines Sommer-„Tatorts“: alles schon mal gehört und gesehen. Auch der Neuigkeitswert der Regierungserklärung von Bildungsminister Kessler tendierte gegen null, ebenso der Erkenntnisgewinn für die Bevölkerung.

Das jamaikanische Ziel eines fünften Grundschuljahrs im Saarland zeigt beispielhaft, wie sehr sich Politik verrennen kann, wenn ideologisch aufgeladene Impulse das Handeln steuern. Die Grünen wollen ihr Lieblingsthema einer größeren Chancengleichheit in der Schule umsetzen, CDU und FDP machen mäßig engagiert mit – in der klammheimlichen Hoffnung, dass die zur Verfassungsänderung benötigte SPD vor dem Deal zurückschreckt.

Grundsätzlich mag der bildungspolitische Ansatz einer längeren Grundschulzeit ja richtig sein, doch ein echter Problemdruck auf diesem Gebiet hat nie existiert. Nicht bei den bildungsfernen Schichten, erst recht nicht beim gymnasiumfisierten Bürgertum. Gewiss ist gegen eine Stärkung der Ganztags- oder Gemeinschaftsschulen nichts einzuwenden, die Lebenswirklichkeit hat längst für deren Akzeptanz gesorgt. Doch Politik gegen die Bürger funktioniert nicht, und deshalb muss ein Ansinnen in Frage gestellt werden, dessen Kern-Voraussetzungen (Räumlichkeiten und Kosten) nicht gegeben sind und



Von Bernard Bernarding

dessen Umsetzung weder Eltern, Lehrer, Gewerkschaften noch die Gemeinden wirklich wollen.

Die Gründe für den flächendeckenden Widerstand sind bekannt: Den Menschen in Deutsch-

land geht der bildungspolitische Reform-Eifer der Parteien mit- samt seinen föderalistischen Sonderwegen dramatisch auf die Nerven. Aufwand und (erhoffter) Nutzen der Strukturreformen stehen, ob in Hamburg, Niedersachsen oder im Saarland, in keinem Verhältnis. Das bedeutet keinesfalls, dass sich Bildungspolitik auf das Verwalten der Systeme beschränken muss: Die Förderung im Vorschulalter ist richtig, denn bloßes Ringelreihen unterfordert die Kinder. Auch das Entrümpeln der Lehrpläne und die Unterstützung leistungsschwacher Schüler sind gut und notwendig. Aber nicht auf Kosten der Schlaun und Lernwilligen; und nicht gegen den Willen der Eltern.

Wer das Stimmungs- und Meinungsbild im Saarland deuten kann, der weiß: Eine Mehrheit der Bevölkerung will keine weiteren Experimente. Eine Mehrheit will mehr Lehrer, kleinere Klassen, bessere Ganztagsbetreuung, weniger Bevormundung. Und eine Konzentration der politischen Kräfte auf die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für eine gesicherte Zukunft des Landes.

Im Internet:

www.saarbruecker-zeitung.de/meinung